

Beatrice Dernbach

## Energiewende – ein politisch besetzter Begriff

### *Zusammenfassung*

Der Beitrag setzt sich mit dem in Politik und Medien in den letzten Jahren prominent gewordenen Begriff der Energiewende auseinander. Einer sprachlich-semantischen Untersuchung der Termini (Energie, Wende, Energiewende) folgt eine Analyse der medialen Berichterstattung und der medialen Diskurse in Deutschland bezüglich der Energiewende. Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 und die Katastrophe von Fukushima im Jahr 2011 stellen dabei Schlüsselereignisse dar, die die öffentliche Debatte entschieden angeregt haben. Die Analyse nimmt unter anderem die politische Prägung des Begriffs und seine Konnotationen in den Fokus. Abschließend wird auf die Rolle des Vertrauens in der öffentlichen Debatte eingegangen.

### *Abstract*

This contribution discusses the concept of energy transition, which has gained in prominence over the last few years, both in politics and the media. The linguistic-semantic examination of the German terms (Energie, Wende, Energiewende) is followed by an analysis of the pertinent media coverage and the media discourses in Germany. The nuclear disasters of both Chernobyl in 1986 and Fukushima in 2011 present key events which have significantly stimulated public debate. Among other things, the analysis focuses on the political stamping of the term and its connotations. Finally, the issue of trust and its role in the public debate is discussed.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat im März 2015, fast genau vier Jahre nach der Katastrophe im japanischen Atomkraftwerk Fukushima, in Japan für die deutsche „Energiewende“ geworben. Dieser Begriff beschreibt ein politisches Programm, das mit dem Desaster im fernen Japan ausgelöst worden ist und in Deutschland konsequent umgesetzt werden soll. „Für mich war Fukushima ein einschneidendes Ereignis, weil Fukushima ja in einem Land passiert ist, das eine sehr hohe technische Qualität hat“, sagte Merkel in einer Diskussionsrunde mit japanischen Professoren und Studierenden (vgl. DIE ZEIT 2015).

Bis 2022 soll das letzte deutsche Atomkraftwerk vom Netz gehen. Die ursprüngliche Entscheidung für den Atomausstieg, getroffen von der rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder im Jahr 2000, wollte die Physikerin Merkel vor Fukushima nicht mittragen. Im März 2011 haben sie der öffentliche, mediale und politische Druck eine 180-Grad-Wende vollziehen lassen – ob aus opportunistisch-strategischen Gründen

oder aus Überzeugung, das wissen womöglich nicht einmal ihre engsten Vertrauten.

Die Katastrophe im ukrainischen Atommeiler Tschernobyl am 26. April 1986 hat bei weitem nicht mit einer solchen Wucht die politische, ökonomische, wissenschaftliche und mediale Wahrnehmung und Interpretation der risikoreichen Energiequelle Atomkraft beeinflusst wie das wesentlich weiter entfernte Unglück in Japan. Obwohl die ersten Weichen für eine Wende in den 1980er Jahren gestellt worden sind, dauerte es fast drei Jahrzehnte, bis sie politisch umgesetzt worden ist.

Der folgende Beitrag will dem zentralen Begriff der *Energiewende* nachspüren, vor allem seine quantitative und qualitative Verwendung im Kontext des öffentlichen, politischen, ökonomischen, ökologischen und wissenschaftlichen Diskurses der vergangenen Jahrzehnte semantisch analysieren.

## 1 Zur Einstimmung

Am Anfang war das Feuer. Die Entwicklung der Welt- und der Menschheitsgeschichte ist untrennbar mit *Energie* verbunden. Ohne die Nutzbarmachung energetischer Quellen säße der Mensch heute noch an diesem Feuer, an dem er sich wärmen, sein Essen zubereiten und sein primitives Handwerkszeug schmieden würde. Er hat sich jedoch mechanische, elektrische, magnetische und chemische Energiequellen erschlossen und als Gravitations-, Wärme-, Kern- und Strahlungsenergie nutzbar gemacht. Physikalisch betrachtet wird Energie umgewandelt. Sie kann in diesem Sinne nicht erzeugt, verbraucht oder zerstört werden.

In der Physik ist Energie als Arbeit definiert. Arbeit wiederum ist Kraft mal Weg. Verrichtet ein physikalisches System Arbeit, so erhöht es seinen Energiegehalt; diese gespeicherte Arbeit kann wieder abgegeben werden. Bei jeder Art von Energieumwandlung – zum Beispiel der Verbrennung fossiler Primärenergieträger wie Öl und Gas – entsteht aufgrund der Reibung Wärme. Das führt letztlich zum Energieverlust (*Entropie*).

Leider ist das *Perpetuum mobile* bis heute nicht erfunden. Dann könnte der Mensch so viel Energie umwandeln, dass er sich über die Endlichkeit fossiler Brennstoffe auf der einen sowie die Speicherung und den Transport von generell unendlich, aber schwankend verfügbarer Sonnen-, Wind- und Wasserenergie auf der anderen Seite keine Gedanken machen müsste.

## 2 Positive Bedeutung des Begriffs „Energie“

Wenden wir uns der semantischen Betrachtung der Begriffe Energie, Wende und Energiewende zu: Ersterer stammt vom griechischen Wort *energeia* ab, was so viel heißt wie *wirkende Kraft* oder *Tatkraft*. Diese Bedeutung hat sich bis heute gehalten, zumindest im philosophischen und sozialwissenschaftlichen Sinne. Ein Mensch mit Energie ist jemand, der etwas mit Nachdruck, Ausdauer und Entschiedenheit durchsetzen kann.

Der Duden<sup>1</sup> nennt eine Reihe von Synonymen für den Begriff Energie:

„Aktivität, Arbeitslust, Dynamik, Eifer, Einsatz, Feuer, Initiative, Kraft, Kraftanstrengung, Kraftaufwand, Lebendigkeit, Lebenskraft, Pep, Reserven, Schaffenskraft, Schwung, Spannkraft, Tatendrang, Tatkraft, Temperament, Unternehmungslust, Vitalität, Willenskraft; (gehoben) Regsamkeit, Tatendurst, Verve; (bildungssprachlich) Drive, Elan, Engagement, Vehemenz; (umgangssprachlich) Schmiss; (Jargon) Power; (landschaftlich, besonders rheinisch) Schmackes“ sowie „Bestimmtheit, Eindringlichkeit, Entschiedenheit, Entschlossenheit, Festigkeit, Nachdruck.“

Ebenso wie diese verwandten Wörter haben auch die mit dem Nomen Energie gebildeten Substantive mehrheitlich eine positive Konnotation, wie beispielsweise Energiebündel und Energieversorgung. Die Wörter Energielosigkeit und energielos dürfte es streng genommen nicht geben, da der Zustand der Energielosigkeit im physikalischen Verständnis nicht existiert. Im psychologischen Sinne ist matt, schlapp, kraftlos gemeint. Als sachlich-neutral sind Zusammensetzungen wie Energie(erhaltungs-)satz oder Energieträger einzuordnen. Energiekrise und Energielücke sind unter politischen und ökonomischen Perspektiven eher negativ betont.

## 3 Semantik der „Wende“

Wissenschaftlich betrachtet ist der Begriff der Wende eng verknüpft mit dem Paradigmenwechsel vom geo- zum heliozentrischen Weltbild. Damit einher geht ein ebenfalls stark verändertes Verständnis gegenüber Umwelt, Natur und Wissenschaft, dessen Kern die Annahme ist, dass der Mensch

1 In: <http://www.duden.de/rechtschreibung/Energie>, abgerufen 18.07.2015.

die Natur erkennen und sie aufgrund zunehmender Erkenntnis beherrschen kann. Ohne diese Änderung der Denkart wäre Fortschritt in Wissenschaft und Forschung und damit in der modernen Gesellschaft unmöglich gewesen. Die physikalischen und geologischen Gegebenheiten haben sich nicht verändert – nur kann die Menschheit inzwischen das Ende der fossilen Energieträger absehen, ja sogar berechnen (vgl. Schrader 2015).

Neben diesen materiell-quantitativen, naturwissenschaftlichen haben die immateriell-qualitativen, sozialen und psychologischen Aspekte an Gewicht gewonnen. Der nuklearen Quelle Uran, nutzbar gemacht in Form der Kernspaltung in Kernkraftwerken, wird spätestens seit der Katastrophe im japanischen Fukushima im März 2011 nicht mehr vertraut. In Deutschland hat dieser Vertrauensverlust zu dem geführt, was als Energiewende bezeichnet wird.

Energiewende ist ein neu geschaffenes, aus dem Bestimmungswort Energie und dem Grundwort Wende zusammengesetztes Nomen aus der politischen Sphäre, das erst in die 26. Auflage des Duden (2013) aufgenommen worden ist. Definiert wird es als „Ersatz der Nutzung von fossilen und atomaren Energiequellen durch eine ökologische, nachhaltige Energieversorgung“ (ebd., 376). Der Begriff Wende taucht in einigen wenigen wichtigen historischen Phasen auf, in denen etwas Bestehendes zerstört und durch etwas Neues ersetzt worden ist, beispielsweise in der bereits angesprochenen Kopernikanischen Wende sowie der Wende in Deutschland 1989/90, die zur Wiedervereinigung der beiden zwangsgetrenten deutschen Staaten führte – und damit letztlich zur Auflösung des gesamten sogenannten Ostblocks.

#### 4 Energiewende im öffentlichen und medialen Kontext

Wer den Begriff und damit das politische Programm der Energiewende geprägt hat, ist umstritten. Seine Verwendung reicht nachweislich bis in die 1980er Jahre zurück (vgl. Knoblauch/Hofmann 2014). In dieser Zeit wurden die Proteste gegen Atomkraft lauter, Umweltkatastrophen wie saurer Regen und Waldsterben setzten Umweltthemen auf die öffentliche, politische und mediale Agenda. Möglicherweise die erste deutsche Publikation zum Thema erschien 1980: Wissenschaftler des Öko-Instituts (vgl. Krause u. a. 1980) griffen Gedanken aus den USA auf, die dort seit den 1960er und -70er Jahren nach der Publikation des Buches der Biologin Rachel Carson „Silent Spring“ (1962), dem Bericht des Club of

Rome (vgl. Meadows u. a. 1972) über „Die Grenzen des Wachstums“, der ersten Ölkrise (1973) sowie nach dem ersten Beinahe-GAU im Atomkraftwerk Harrisburg (1979) kursierten.

In einer der umfangreichsten Textdatenbanken, COSMAS – Institut für Deutsche Sprache,<sup>2</sup> erbringt die Suche nach dem Schlagwort Energiewende insgesamt 36.797 Treffer, die ersten im Jahr 1986. In der Tageszeitung (taz) am 16. September 1986 (Klingelschmitt 1986) wird unter der Überschrift „Atomfabriken leiden still“ über den politischen Streit um die Existenz und Zukunft der sogenannten Hanauer Nuklearfabriken berichtet:

„Nukem, Alkem und die Reaktor-Brennelemente-Union (RBU) waren größtenteils Tochterfirmen des Siemens-Konzerns. Von der Brennelemente-Herstellung bis zum Atom-Transport war hier alles angesiedelt, was nach der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986 plötzlich als suspekt und umstritten galt.“

In dem taz-Artikel geht es vor allem um den Streit zwischen den Parteien SPD und CDU bzw. deren Ministern. In diesem Zusammenhang steht der Satz: „Seit der ‚Energiewende‘ der SPD hätten alle Aktionen des Ministeriums nur ein Ziel: Die Schließung der RBU um jeden Preis“ (ebd.). Auch der zweite Artikel aus der linksalternativen Zeitung neun Tage später dreht sich um einen parteipolitischen Streit: Im Mittelpunkt stehen die Immobilien der „Neuen Heimat“, die verkauft bzw. saniert werden sollten bzw. mussten. Insbesondere das Land Hessen spielte hierbei eine große Rolle und die taz (Zügel 1986, 1–2) berichtet:

„Bereits am Dienstag hatten die Grünen in einem Koalitionsgespräch dem sozialdemokratischen Partner die Zusage für einen Nachtragshaushalt in Sachen ‚Energiewende‘ in Hessen abgehandelt. Die 250 Millionen DM für diesen ‚Energiewendehaushalt‘ waren der Preis dafür, daß die Grünen in bezug auf den Ankauf der Neuen Heimat Südwest ‚bei der Stange blieben‘.“

Die Wochenzeitung DIE ZEIT titelt am 10. Oktober des gleichen Jahres (Jänicke 1986): „Der Ausstieg ist eine Chance“. Im Zentrum stehen die Kernenergie und insbesondere die Kosten im Hinblick auf einen Ausstieg. In diesem Zusammenhang fällt der Satz:

2 Vgl. <http://www.ids-mannheim.de/cosmas2/>, abgerufen 04.09.2015.

„Es lohnt sich, dies im Hinblick auf die vorliegenden Ausstiegsszenarios zu verdeutlichen, die mit wirtschaftlichen Nachteilen im Falle einer Energiewende rechnen“ (ebd., 33).

Ein Blick auf die COSMAS-Statistik zeigt, dass die Trefferquote von Jahr zu Jahr – oder besser: von Jahrzehnt zu Jahrzehnt – steigt: In den 1990er Jahren sind zwischen zwei (1990) und 93 (1999) Texte zu finden, in denen der Begriff Energiewende zwei bis 150 Mal vorkommt; in den Jahren 2000 und 2010 bewegen sich die Zahlen zwischen 133 Artikeln mit 205 Treffern und 282 Texten mit 466 Treffern. Auffallend sind die Zahlen zwischen 2011 (Fukushima) und 2013: Artikel und Treffer springen von 3.578/8.212 auf 5.433/12.919 und sinken wieder auf 4.193/7.566.

Eine quantitative Analyse der in der Wiso-Net-Datenbank<sup>3</sup> erfassten circa 121 Millionen Artikel aus deutschen Tages- und Wochenzeitungen erbringt folgende Ergebnisse: In 135 Publikationen taucht 207.968 Mal das Stichwort Energiewende auf, am häufigsten in der Rhein-Zeitung (18.245) und im Trierischen Volksfreund (10.578). Beide Blätter erscheinen in Rheinland-Pfalz, weshalb der Anteil an der regionalen Berichterstattung relativ hoch ist (Rhein-Zeitung 2.396 mit regionalem und 13.431 Beiträge mit nationalem Fokus; beim Trierischen Volksfreund liegt das Verhältnis bei 1.522 zu 5.953). Im Vergleich dazu liefert die Tageszeitung taz 2.899 Treffer zum Stichwort Energiewende, 1.805 mit bundespolitischem Bezug, ein regionaler Fokus ist nicht erkennbar. Eine qualitative Tiefenanalyse wurde nicht durchgeführt. Stattdessen sind weitere quantitative Daten erhoben worden, vor allem in welchen thematischen und begrifflichen Kontexten der Begriff Energiewende vorkommt. Die folgende Tabelle zeigt die wesentlichen Ergebnisse:

Energiewende +	Treffer aus 207.968 Dokumenten bzw. 135 Tages- und Wochenzeitungen
Politik	67.003
Strom	66.747
Wirtschaft	50.498
Umwelt	22.832

3 Vgl. <https://www.wiso-net.de/>, abgerufen 04.09.2015.

Energiewende +	Treffer aus 207.968 Dokumenten bzw. 135 Tages- und Wochenzeitungen
Technik	9.490
Atom	7.881
Katastrophe	5.970
Angst	5.530
Risiko	5.080
Wissenschaft	4.033

Tabelle 1: Kontexte des Begriffs Energiewende in 135 Tages- und Wochenzeitungen (seit 1986)

Diese Resultate werden mit einer sehr fokussierten Inhaltsanalyse bestätigt: Untersucht wurde die Berichterstattung in der populären Wochenzeitung DIE ZEIT und in den fachorientierten, zielgruppenspezifischen, ebenfalls wöchentlich erscheinenden VDI Nachrichten. Ausgewählt wurden insgesamt 85 Artikel (59 DIE ZEIT, 26 VDI) aus jeweils vier Ausgaben nach folgenden Ereignissen: 26. 04. 1986 (Tschernobyl), 24. 04. 1995 (I. Castor-Transport), 11. 03. 2011 (Fukushima), 22. 09. 2013 (Bundestagswahl) und 01. 12. 2014 (E.ON-Ausstieg aus Atom, Gas, Kohle). Differenziert wurden zum einen die Themen Energiepolitik, Energiewende, Atomenergie, Erneuerbare Energien und Katastrophen, zum anderen die *Frames* politisch, ökonomisch, technisch-wissenschaftlich, ökologisch und sozial. Auch hier zeigt sich sehr deutlich das Primat der Politik:

Thema/ Frame	E.- politik	E.- wende	Atom- energie	Erneuer- bare Energien	Kata- strophen	gesamt
▪ Politisch	50	37	44	34	32	197
▪ Ökonomisch	28	22	9	22	8	89
▪ Technisch- wissenschaftlich	26	25	29	14	17	111
▪ Ökologisch	14	12	5	17	6	54
▪ Sozial	16	14	16	8	22	76
▪ Gesamt	134	110	103	95	85	

Tabelle 2

Aufgrund der Auswahl der beiden Quellen sind die Betonungen des technisch-wissenschaftlichen sowie des sozialen Aspekts interpretier- bzw. erklärbar. Darauf kann an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden. Ein weiteres Ergebnis zeigt, dass die Debatte um Energiepolitik und Energiewende immer wieder mit emotionalen Begriffen geführt wird: In den 85 analysierten Artikeln tauchten folgende Begriffe am häufigsten auf: Katastrophe (32), Sicherheit (30), Risiko und Gefahr (je 25), Unglück (22), Schaden (21), Unfall (21), Angst und teuer (je 19).

## 5 Eine Zwischenbilanz

Mit der steigenden Quantität der Verwendung verfestigt sich der Begriff als *politisches Programm*. Die skizzierten eigenen Untersuchungen und weitere Studien (vgl. Mast u. a. 2011; Wolling/Arlt 2014) weisen auf folgende Aspekte hin:

- Der Begriff der Energiewende ist ausschließlich politisch geprägt; er stammt aus dem alternativen Milieu, etablierte sich mit der Gründung der Partei „Die Grünen“ und deren Einzug in Parlamente auf Landes- (erstmalig in Hessen 1985–1987) sowie Bundesebene (1998–2005) in Regierungskoalitionen mit der SPD. Die Medien verstärken diesen Eindruck der *Politisierung*, indem sie die Herausforderung, effizient und effektiv sowie nachhaltig und ökologisch Energie zur Verfügung zu stellen, als Schwerpunktaufgabe der Politik definieren.
- Mit dem Begriff Energiewende sind sowohl in der öffentlichen, politischen als auch medialen Diskussion immer gleichzeitig der *Ausstieg aus der Atomenergie* und die Hinwendung zu den *erneuerbaren Energiequellen* angesprochen. Wesentlicher Impuls für die energiepolitische Wende war die langjährige Debatte um den Atom- oder später Energiekonsens, zunächst zwischen den Parteien auf Länder- und Bundesebene noch zu Zeiten der Regierung um Helmut Kohl, schließlich zwischen der rot-grünen Bundesregierung und den Energieunternehmen, die im Jahr 2000 vereinbart hatten, alle Kernkraftwerke nach und nach abzuschalten (festgelegt im Atomgesetz 2002). Eine Abwendung von dieser Vereinbarung und eine Renaissance der Atompolitik unter Kanzlerin Angela Merkel wurden durch das Unglück im japanischen Atomkraftwerk Fukushima im März 2011 endgültig zur Wende in der Energiepolitik.



Der Versuch, die öffentliche und mediale Debatte um die Energiewende zu strukturieren, endet in einer irritierenden Widersprüchlichkeit. Einige Beispiele mögen dies erläutern:

Deutschland ist eine der wenigen Nationen, in denen die Bevölkerung schon vor Fukushima sehr kritisch gegenüber Atomkraft eingestellt war. In einer Studie von *TNS Infratest* im September 2009 äußerten 60 % der 1.537 Befragten, dass sie die Atomkraft „eher als Risiko“ einschätzen (vgl. European Commission 2010, 168). Das Unglück in Japan 2011 hat dieses Misstrauen noch verstärkt: *Nordlight Research* hat bei einer Umfrage unter 1.000 Deutschen im März 2011 festgestellt, dass sich die Meinung von 44 % der Befragten zur Atomenergie nach Fukushima „sehr oder eher zum Negativen“ verschlechtert hat (vgl. Nordlight Research 2011). Laut einer Studie von *Ipsos* im April 2011 gehören die Deutschen damit zu denjenigen im weltweiten Vergleich, die Erzeugung atomaren Stroms am stärksten ablehnen (vgl. Ipsos 2011). Die politischen Akteure, insbesondere die der konservativ-liberalen Regierungskoalition, haben diese Daten offensichtlich nicht wahrgenommen oder in ihrem Sinne uminterpretiert – und erst nach dem Super-GAU in Japan eine Wende vollzogen, allen voran Kanzlerin Angela Merkel, die in ihrer Regierungserklärung am 09. Juni 2011 sagte:

„Ohne Zweifel, die dramatischen Ereignisse in Japan sind ein Einschnitt für die Welt. Sie waren ein Einschnitt auch für mich ganz persönlich. [...] Ich habe eine neue Bewertung vorgenommen; denn das Restrisiko der Kernenergie kann nur der akzeptieren, der überzeugt ist, dass es nach menschlichem Ermessen nicht eintritt. Wenn es aber eintritt, dann sind die Folgen sowohl in räumlicher als auch in zeitlicher Dimension so verheerend und so weitreichend, dass sie die Risiken aller anderen Energieträger bei weitem übertreffen. Das Restrisiko der Kernenergie habe ich vor Fukushima akzeptiert, weil ich überzeugt war, dass es in einem Hochtechnologieland mit hohen Sicherheitsstandards nach menschlichem Ermessen nicht eintritt. Jetzt ist es eingetreten“ (Merkel 2011).

Mit dem Ausstieg aus der Atomenergie wurde ein Zeitalter beendet, in dem vor allem die Politik in der zivilen Nutzung dieser Energiequelle eine Lösung vieler Probleme sah. Sie missachtete dabei ein Stück weit, dass der Begriff Atom in Deutschland problematisch war und ist (vgl. Radkau/Hahn 2013), insbesondere deshalb, weil er verknüpft ist mit der Atombombe, die im Zweiten Weltkrieg Zehntausende von Menschenleben gekostet hatte. Offensichtlich stärker als in anderen Ländern hat

die Alternativ- und Umweltbewegung seit den 1970er Jahren die Sensibilität und das Misstrauen gegenüber der Atomenergie gestärkt. Das spiegelt sich noch heute auch in der medialen Bearbeitung des Themas wider (siehe oben). Insofern scheint ein erstes Ziel erreicht. Der zweite Schritt ist möglicherweise eine noch größere Herausforderung. Angela Merkel nannte in ihrer Regierungserklärung als vierte wesentliche Entscheidung der Bundesregierung:

„Zentrale Säule der zukünftigen Energieversorgung sollen die erneuerbaren Energien werden. Wir wollen das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen“ (Merkel 2011).

## 6 Vertrauen bestimmt die Debatte

War die öffentliche Debatte um Atomkraft in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland wesentlich durch das Freund-Feind-Schema bestimmt, so ist die Energiewende gekennzeichnet durch eine Pluralität von technischen Möglichkeiten, und im Gegensatz zu früher, als die Atomindustrie durch „Zahlung üppiger Steuermittel“ vorangetrieben werden konnte, gibt es heute im Feld der erneuerbaren Energien „keine allumfassende handlungsfähige Community“ (Radkau/Hahn 2013, 401). Deshalb sind keine Pole für und gegen die Energiewende identifizierbar, da mit hoher Wahrscheinlichkeit auch nicht vorhanden. Befürworter und Skeptiker finden sich in allen Akteurslagern, ob Politik, Wirtschaft, Medien, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Eine große Rolle spielt dabei die Frage des Vertrauens (oder des Misstrauens). Möglicherweise war das bisherige (instabile) Vertrauen in die Atomenergie überzogen, da sie auf einem „grundsätzlich nicht auflösbaren Nichtwissen“ basiert (Strulik 2011, 240). Das Vertrauen in die politischen, ökonomischen und möglicherweise auch ökologischen (CO<sub>2</sub>-Ausstoß) Handlungsoptionen hat dem Misstrauen in Bezug auf das Risiko der Nichtbeherrschbarkeit der Technologie Platz gemacht.

Das hat allerdings nicht automatisch das Vertrauen in die politischen, ökonomischen, technischen, ökologischen und sozialen Möglichkeiten gestärkt. Im Gegenteil – und das ist erklärungsbedürftig: Medien haben auch und gerade in der modernen Wissensgesellschaft die Funktion, Prozesse in den gesellschaftlichen Subsystemen zu beobachten, Informationen darüber zu sammeln, zu selektieren, sie zu bearbeiten und der

öffentlichen Diskussion zur Verfügung zu stellen. Aber alle Studien der vergangenen Jahre belegen eindeutig: Der Berufsstand der Journalisten/-innen hat kein gutes Image, und ihrer Tätigkeit bzw. den in den Medien publizierten Ergebnissen wird in hohem Maße misstraut.

Menschen vertrauen in erster Linie anderen Menschen, vor allem aus dem Umfeld der Familie und Freunde (zwischen 55 und 75 %; vgl. Stiftung für Zukunftsfragen 2013). An nächster Stelle folgen die Wissenschaftler/-innen als Vertrauensinstanz, allerdings mit 17 % weit abgeschlagen. Sie führen jedoch das Ranking an, wenn es um die Frage des Vertrauens in Informationsquellen bei Katastrophen geht (vgl. Standard Eurobarometer 2013). Eine aktuelle Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach in Zusammenarbeit mit der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina (vgl. IfD & Leopoldina 2015, 92) zeigt, dass nach Fernsehen und Zeitungen sowie Verbraucherschutzverbänden wissenschaftliche Einrichtungen wie Universitäten und Forschungsinstitute sowie Wissenschaftler als vertrauenswürdige Informationsquellen betrachtet werden.

In der oben vorgestellten eigenen Studie der 85 Artikel aus ZEIT und VDI Nachrichten zum Themenfeld Energie/-wende wurde auch ermittelt, welche Rolle Wissenschaftler/-innen als Informationsquelle spielen. Das Resultat: Wissenschaftler/-innen werden zwar zu allen Themen gehört, aber ihre Rolle beim Aspekt Erneuerbare Energien ist sehr klein. Sie sind stark im politischen und technisch-wissenschaftlichen *Frame* vertreten, aber schwach im ökologischen wahrnehmbar.

Medien spiegeln demnach bei der Berichterstattung zum Thema Energiewende offensichtlich sehr stark den politischen Bias wider, was der Komplexität des Themas nicht gerecht wird.

## Literatur

- Carson, Rachel (1962): *Silent Spring*. Boston: Mifflin.
- DIE ZEIT (2015): Angela Merkel verteidigt in Japan den Atomausstieg, online unter <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-03/angela-merkel-japan-atomausstieg>, erstellt 09. 03. 2015/abgerufen 05. 09. 2015.
- European Commission (ed.) (2010): *Europeans and Nuclear Safety. Report September – October 2009 (Special Eurobarometer, 324)*. Brussels: European Commission, online unter [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_324\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_324_en.pdf), erstellt März 2010/abgerufen 07. 09. 2015.
- IfD Allensbach & Leopoldina (2015): *Die Synthetische Biologie in der öffentlichen Meinungsbildung: Überlegungen im Kontext der wissenschaftsbasierten Beratung*

- von Politik und Öffentlichkeit, online unter [http://www.leopoldina.org/uploads/tx\\_leopublication/2015\\_Synthetische\\_Biologie\\_DE.pdf](http://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2015_Synthetische_Biologie_DE.pdf), abgerufen 23.07.2015.
- Ipsos** (2011): Die meisten Atomkraftgegner in Deutschland, Italien und Mexiko, online unter <http://www.ipsos.de/publikationen-und-presse/pressemitteilungen/2011/die-meisten-atomkraftgegner-in-deutschland-italien-und-mexiko>, abgerufen 23.07.2015.
- Jänicke, Martin** (1986): Der Ausstieg ist eine Chance. In: DIE ZEIT vom 10. Oktober 1986, 33–34.
- Klingelschmitt, Klaus-Peter** (1986): Atomfabriken leiden still. In: taz vom 16. September 1986, 4.
- Knoblauch, Doris; Hofmann, Elena** (2014): Die Umweltpolitik und -forschung wird erwachsen: die 1980er Jahre, online unter [http://geschichte-umweltpolitikberatung.org/sites/default/files/OralHistory\\_80er\\_final\\_0.pdf](http://geschichte-umweltpolitikberatung.org/sites/default/files/OralHistory_80er_final_0.pdf), abgerufen 09.03.2015.
- Krause, Florentin; Bossel, Hartmut; Müller-Reißmann, Karl-Friedrich** (1980): Energiewende – Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran. Frankfurt: Fischer.
- Mast, Claudia; Stehle, Helena; Krüger, Florian** (2011): Kommunikationsfeld Strom, Gas und Wasser – brisante Zukunftsthemen in der öffentlichen Diskussion. Berlin: Lit.
- Meadows, Dennis; Meadows, Donella; Zahn, Erich; Milling, Peter** (1972): Die Grenzen des Wachstums – Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart: DVA.
- Merkel, Angela** (2011): Regierungserklärung zur Energiepolitik „Der Weg zur Energie der Zukunft“ (Mitschrift), online unter <http://www.bundesregierung.de/Content/Archiv/DE/Archiv17/Regierungserklaerung/2011/2011-06-09-merkel-energie-zukunft.html>, erstellt 09.06.2011/abgerufen 09.03.2015.
- Nordlight Research** (2011): Studie: Auch nach Fukushima bestimmt der Preis das Verhalten der Stromkunden, online unter <http://www.nordlight-research.com/index.php/de/publikationen/presse/24-del/presse/98-studie-auch-nach-fukushima-bestimmt-der-preis-das-verhalten-der-stromkunden>, erstellt 09.11.2011/abgerufen 23.07.2015.
- Radkau, Joachim; Hahn, Lothar** (2013): Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft. München: oekom.
- Schrader, Christopher** (2015): Finger weg vom Ölhahn. In: Süddeutsche Zeitung vom 08.01.2015, 18.
- Standard Eurobarometer 80** (2013): Public Opinion in the European Union, online unter [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb80/eb80\\_first\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb80/eb80_first_en.pdf), abgerufen 23.07.2015.
- Stiftung für Zukunftsfragen** (2013): Familie, Freunde, Partner: wem die Deutschen vertrauen, online unter [http://www.stiftungfuerzukunftsfragen.de/uploads/media/Forschung-Aktuell-245-Wem-vertrauen-die-Deutschen\\_01.pdf](http://www.stiftungfuerzukunftsfragen.de/uploads/media/Forschung-Aktuell-245-Wem-vertrauen-die-Deutschen_01.pdf), erstellt 03.04.2013/abgerufen 23.07.2015.
- Strulik, Torsten** (2011): Vertrauen: ein Ferment gesellschaftlicher Risikoproduktion. In: Erwägen – Wissen – Ethik 22, 239–251.
- Wolling, Jens; Arlt, Dorothee** (Hg.) (2014): Fukushima und die Folgen. Ilmenau: Universitätsverlag.
- Zügel, Wolfgang** (1986): Keine Heimat für „Neue Heimat“. In: taz vom 25. September 1986, 1–2.

## Über die Autorin

*Beatrice Dernbach*, Dr. phil., Professorin für Praktischen Journalismus an der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm. E-Mail: [beatrice.dernbach@th-nuernberg.de](mailto:beatrice.dernbach@th-nuernberg.de).